



Erstattungsantrag
gem. § 2 der Verordnung über die Erstattungsleistungen
des Landes infolge der Abschaffung der
Straßenausbaubeiträge
(Straßenausbaubeitrags-Erstattungsverordnung)

Posteingangs-
stempel

Empfänger (zuständige Behörde)

Landesverwaltungsamt
Referat Kommunalrecht,
Kommunale Wirtschaft und Finanzen
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)

hier:
Antrag auf Erstattung bereits erhobener und
nunmehr zurückerstatteter Vorausleistungen
(§ 18a Abs. 4 Satz 2 Nr. 3 i. V. m. § 18a Abs. 3
KAG-LSA)

A. Angaben zur antragstellenden Gemeinde

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

Gemeinde

Anschrift (Straße, PLZ, Ort)

Verbandsgemeinde

Landkreis

Ansprechpartner/in

Telefon/Telefax

E-Mail-Adresse

Bankverbindung

Kontoinhaber/in

Kreditinstitut

IBAN (Internat. Bank Account Number, Internat. Bankkontonummer)

D

E

BIC (Bank-Identifizierungs-Code)

B. Allgemeine Angaben

1. Der nachfolgende Antrag auf Erstattung bezieht sich auf die Straßenausbaumaßnahme

2. Die Gemeinde verfügte am 31. Dezember 2019 über eine Satzung über die Erhebung von

einmaligen Straßenausbaubeiträgen

wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen

Inkrafttreten der für die Maßnahme maßgebliche Straßenausbaubeitragsatzung:

Datum

C. Art und Umfang, Höhe der beantragten Erstattung

Die Antragstellerin beantragt gemäß § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Erstattungsleistungen des Landes infolge der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge die Erstattung der gemäß § 18a Abs. 3 KAG-LSA zurückgezahlten Vorausleistungen auf Straßenausbaubeiträge.

Gesamtsumme der erhobenen Vorausleistungen (= Antragssumme):

Antragssumme (in Euro)

Es wird bestätigt, dass die sachliche Beitragspflicht für die Straßenausbaumaßnahme, für welche die Erstattung der zurückerstatteten Vorausleistungen beantragt wird, erst nach dem 31. Dezember 2019 entstanden ist/entsteht und die Vorausleistungen bereits festgesetzt, vereinnahmt und an diejenigen, auf deren Rechnung die Zahlung bewirkt worden ist, zurückgezahlt wurden.

Die sachliche Beitragspflicht ist entstanden/entsteht am:

Datum

Anzahl der zu Vorausleistungen herangezogenen Beitragspflichtigen:

Anzahl

Zur Nachweisführung sind vorzulegen:

- Kopien aller ursprünglich erlassenen Vorausleistungsbescheide für die o. g. Straßenausbaumaßnahme und Kopien aller gem. § 18a Abs. 3 Satz 1 KAG-LSA erlassenen Bescheide über die Aufhebung der Vorausleistungsbescheide für die o. g. Straßenausbaumaßnahme, bezüglich derer die Erstattung der zurückgezahlten Vorausleistungen beantragt wird
(Anlagen

Nrn. von	bis

);
- Nachweis, dass alle aufgrund der Vorausleistungsbescheide für die o. g. Straßenausbaumaßnahme gezahlten Vorausleistungen gem. § 18a Abs. 3 Satz 2 KAG-LSA bis zum 31. Dezember 2021 an denjenigen erstattet wurden, auf dessen Rechnung die Zahlung bewirkt worden ist
- Die Satzung über die Erhebung von einmaligen oder wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen.

D. Bestätigungen der antragstellenden Gemeinde

- Die Richtigkeit der gemachten Angaben wird hiermit bestätigt.
- Es wird bestätigt, dass die beantragte Erstattungsleistung ausschließlich eine Maßnahme betrifft, für die Straßenausbaubeiträge erhoben werden durften. Es handelt sich ausdrücklich nicht um Erschließungs- oder Sanierungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Hauptverwaltungsbeamtin/-en

Dienstsiegel